

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Copadruk

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. Februar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Vergeblicher Sturm.

Nazi- Vorfeldgefechte um die Betriebe.

SPD. Wer den Arbeiter hat, hat Deutschland. Ohne den Arbeiter geht's nicht. Die Feinde des Arbeiters wissen das sehr gut, und deshalb soll die Nazi-Bewegung den Kampf um den deutschen Arbeiter, koste es, was es wolle durchsetzen. Dieser Kampf wird jetzt von den Phantasten im Braunen Haus in die Betriebe getragen werden. Strategisch wollen sie die Eroberung der Betriebe durch den Aufbau einer Betriebszellenorganisation führen. Für diese Organisation ist mit Wirkung vom 1. Januar ab eine Reichsbetriebszellenabteilung eingerichtet worden. Wie sie arbeiten soll, geht aus einer Anordnung des Reichsorganisationsleiters der Nazis an alle Ortsgruppen- und Stützpunktleiter der Nazibewegung hervor, von der sich eine Abschrift in unseren Händen befindet.

Der Betriebszellenvorstoss der Nazis wird damit begründet, dass jetzt erst das Vorfeld im Kampf gegen den Marxismus freigemacht worden sei. Bisher haben wir immer gehört, der Sieg Hitlers stehe unmittelbar bevor. Nun auf einmal muss zum Sturm gegen die Hauptstützpunkte des Marxismus, gegen die Gewerkschaften erst noch der Kampf vorbereitet werden. Schon vor mehr als einem Jahr wurden die Nazigetreuen damit vertröstet, dass spätestens im Februar die Sache zum Klappen komme. Nun heisst es, jetzt erst sei das Vorfeld frei. Jetzt erst gehe es zum Hauptangriff gegen den eigentlichen Gegner. Das schwerste Stück Arbeit, der Angriff gegen die Stellung der Gewerkschaften in den Betrieben, muss also erst noch bewältigt werden. Das Dritte Reich ist noch in weiter Ferne.

Der Kampf in den Betrieben soll durch ideelle Ueberwindung des marxistischen Geistes durchgeführt werden. Das ist ja ganz etwas Neues. Geist war bisher bei der Hitlerbewegung nicht die Spur zu entdecken. Und jetzt auf einmal und ausgerechnet im Kampf mit den Gewerkschaften will man es mit dem Geist probieren. Das ist etwas viel Kühnheit. Ist auch der Gendarm der Schwerindustrie dahinter gekommen, dass man mit dem Säbel wohl einen Menschen niederschlagen, aber niemals überzeugen und innerlich gewinnen kann? Ideelle Ueberwindung des Marxismus! Ja, wenn das so leicht wäre! Schon vor fast hundert Jahren hat Heinrich Heine darauf aufmerksam gemacht, dass in Deutschland die freie sozialistische Bewegung die Zukunft habe, weil sie den Menschen von innen her packe, weil für den deutschen Arbeiter die soziale Frage keine blosse Hungerfrage sei, weil der deutsche Arbeiter nicht mit einem Blutegel verglichen werden könne, der, wenn er satt sei, abfalle. Für den gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter ist die soziale Frage auch eine Frage der der wirtschaftlichen politischen und geistigen Freiheit, d.h. eine Frage der Grundgedanken der Demokratie.

Auf den geistigen Kampf in den Betrieben sind wir gespannt; denn bisher war der Kampf der Nazis doch nichts anderes als Faustkampf. Einen einzelnen politischen Gegner niederboxen, ist keine Kunst, aber dem organisierten Arbeiter im Betrieb oder gar dem gewerkschaftlich durchgebildeten Betriebsrat nachweisen, dass ihre gewerkschaftliche Gedanken- und Ideenwelt Unsinn sei, die ausgerechnet durch den Nationalsozialismus abgelöst werden müsse, das ist eine Kunst. Das werden die Hitlerboxer nie fertig bringen. Leute, die, wie aus der Anordnung des Reichsorganisationsleiters der Nazis hervorgeht, sich schon jetzt schleunigst

mit dem Betriebsrätegesetz, dem Arbeitsgerichtsgesetz, dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsgewerbeordnung, der Reichsversicherungsordnung u.s.w. vertraut machen sollen, können einem jahrzehntelange bereits gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nichts erzählen. Die Herrschaften, die sich zum Lehrmeister aufwerfen möchten, sollen zunächst selbst einmal in die Schule gehen, bevor sie in gewerkschaftlichen Dingen mitreden wollen.

Den Gewerkschaften kann es nur recht sein, wenn die Nazis jetzt die Betriebe auf dem Weg der ideellen Ueberwindung des Marxismus erobern wollen. Sie müssen dabei aber sehr gut aufpassen. Sonst geht es ihnen wie so manchem Marxistentöter, der, je mehr er sich in die Gedankenwelt der modernen Gewerkschaftsbewegung vertiefte, aus einem Saulus ein Paulus wurde. Vorsicht, Herr Hitler, der Marsch in die Betriebe kann sehr leicht für die treuesten Hitler-soldaten - nicht ein Marsch nach Rom, sondern ein Marsch nach Damaskus werden.

Der Betriebszellenvorstoss der Hitlerbewegung ist ein hoffnungsloser Fall. Im Kampf um die Seele des deutschen Arbeiters versagt Hitlers Kunst und die Kunst seiner Geldgeber. Hitler ist bei den Gewerkschaften längst erkannt. Sie kennen seine Freunde in der Schwerindustrie besser als er selbst. Sie kennen ihre Feinde. Und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, den Hitler nach seinem Sieg gnädig allein am Leben lassen will - Geldgeber umbringen, das wäre etwas zuviel Undank - wird vielleicht noch erkennen, dass er einer Illusion nachjagte. Hitler soll die Gewerkschaften zerstören. Das ist sein Auftrag. Er wird ihn aber nie erfüllen. Bei dem Versuch, die Gewerkschaften aus dem Sattel zu heben, läuft er Gefahr, nicht nur die Lanze, sondern auch das Genick zu brechen.

+ + +

Der Nazi-Sturmbeehl auf die Betriebe besagt im wesentlichen folgendes:

Das Vorfeld für den beginnenden Hauptkampf mit dem Marxismus ist von den bürgerlichen Parteien aller Schattierungen geräumt worden. Die ganze Stosskraft der Parteien kann sich nunmehr auf den Marxismus mit dem Ziele seiner ideellen Ueberwindung und organisatorischen Zerschlagung richten. Eine vollkommene Zerschlagung der Organisation des Marxismus ist nur möglich, durch eine vorangegangene ideelle Ueberwindung der marxistischen Theorien

Die NSBO soll keine Ueberleitung zur Bildung eigener Gewerkschaften sein da diese sich tatsächlich "gegenüber den bestehenden festgefügtten und traditionellen Gewerkschaften aller Lager kümmerlich ausnehmen" würden. Die historische Aufgabe der NSBO wird darin bestehen, die Betriebsbelegschaften vom Marxismus zu lösen und sie für den Nationalsozialismus zu organisieren. Das wird gelingen, denn die Industrie-Arbeiter- und Angestelltenschaft ist nicht 100prozentig marxistisch organisiert. Schliesslich muss die NSBO eine einzige grosse Schule und Vorbereitungsanstalt für die Spezialfragen der Gewerkschaft und des Wirtschaftsprozesses überhaupt sein. Der in dieser Schule geschaffene Stab muss dann den Sturmtrupp bilden, der bei der Eroberung der politischen Macht, unterstützt durch die Massen gesinnungsmässig vorgebildeter Sympathisierender, die Gewerkschaften besetzen muss.

SPD. Genf, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Die allgemeine Kommission der Abrüstungskonferenz, deren Aufgabe die Einsetzung der Arbeitsausschüsse ist, wählte am Mittwoch den tschechoslowakischen Aussenminister Benesch zum Vizepräsidenten.

Am Mittwoch kam auf der Abrüstungskonferenz der italienische Aussenminister Grandi zu Wort.

Grandi ging von den bindenden Verpflichtungen der Verträge aus. Seit zehn Jahren werde sophistisch um den Vorrang der Sicherheit vor der Abrüstung oder umgekehrt geredet. Die Tatsachen zeigten aber, dass ohne Abrüstung keine Sicherheit möglich sei. Er habe die Milliardenziffern der Militärbudgets heraufbeschworen, die, wie die blutige Tragödie im fernen Osten bewiese, zum raschestem Handeln zwingen, wenn die Welt nicht in einer unabsehbaren Katastrophe untergehen wolle. Gerechtigkeit könne nur wachsen mit der dauernden Verminderung der Gewaltmittel. Die gemeinsame Aktion bleibe toter Buchstabe, solange Völkerbundsmitglieder eine so mächtige Bewaffnung besässen, dass jeder Wille zum gemeinsamen Handeln vor dem Dilemma eines Misserfolges oder blutigen Krieges halt machen müsse. Amerikas Vorschlag der Teilnahme Italiens an dem Flottenabkommen finde Italien bereit, dessen Politik auf zwei Gedanken beruhe: Gleichheit des Rechts zwischen allen Staaten und Ausgleich der Rüstungen auf dem niedrigsten Stand. Italien werde jeden Vorschlag prüfen, sofern er eine Verminderung der Rüstungen bringe, weshalb auch Frankreichs Vorschlag mit Interesse studiert werde. Die Friedensverträge bestimmten für gewisse Staaten einen Beginn der allgemeinen Abrüstung. Diese Klauseln seien nicht da, um für jene Staaten einen Zustand dauernder Unterlegenheit zu schaffen, sondern ausdrücklich seien sie als erster Schritt gedacht und als gegenseitige Verpflichtung aller gegen alle zur allgemeinen Abrüstung. Deutschland habe man die Angriffswaffen genommen. Hier sei der Weg zur Erfüllung des Paktes vorgezeichnet.

Italien - so fuhr Grandi fort - nehme Englands Vorschlag der doppelten Methode an: der qualitativen und der quantitativen Rüstungsbegrenzung. Der vorbereitende Konventionentwurf könne als Diskussionsbasis dienen, aber Italien sei darüber hinaus bereit, einen organischen Plan qualitativer Begrenzung anzunehmen, der umfasse eine gemeinsame Abschaffung der Linienschiffe, U-Boote und Flugzeugmutterschiffe sowie die Abschaffung der schweren Artillerie aller Kaliber und Tanks jeder Gattung und die Abschaffung der Bombenflugzeuge. Endlich sei Italien auf allen Gebieten für ein Verbot der Angriffswaffen, des chemischen und Bakterienkrieges, sowie für die Revision der Kriegsgesetze, um einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung zu erzielen.

Grandi schloss mit der Feststellung, dass die schwersten Opfer gerade von den stärksten Staaten gefordert werden müssten. Sie hätten am wenigsten zu befürchten und mit gutem Beispiel voranzugehen. Es gehe nicht an, hier militärische Interessen aufeinander abzustimmen. Das nehme der Konferenz ihren wahren Erfolg. Die Abrüstung allein heile nicht die augenblicklichen Leiden der ganzen Erde, aber sie sei die Voraussetzung, ohne die eine Heilung unmöglich sei.

Der japanische Delegierte Madzudeira begann, dass Japan trotz der bedauernden Wertung der Zuspitzung im fernen Osten zur Mitarbeit auf der Konferenz bereit sei. Die Abrüstungsfrage sei unlösbar verknüpft mit der nationalen Sicherheit. Besondere Aufmerksamkeit müsse der Grösse der Rüstungen und dem politischen Zustand der benachbarten Länder gewidmet werden. Wenn eine Regierung ihre internationalen Verpflichtungen nicht achte und ihre Verbindlichkeiten vernachlässige, so stelle das eine dauernde Bedrohung dar. Japan sei für die Annahme des vorbereitenden Konventionentwurfs, auf den die Konferenzarbeit aufgebaut werden müsse. Sein Land habe seine Truppenzahlen um 35 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit freiwillig herabgesetzt. Seine Ausrüstung und Bewaffnung wie seine Luftwaffe seien gegenüber den modernen europäischen Armeen im Rückstand. Japans Flotte sei durch die bestehenden Verträge begrenzt. Er hoffe, dass sich ihnen alle Seemächte anschliessen würden. Die japanische Delegation sei für eine Verminderung der Tonnage und Kaliber von Schlachtschiffen sowie eine Verminderung der Tonnage von Flugzeugmutterschiffen, für deren völlige Unterdrückung sie auch zu haben sei, wenn ein Verbot der Ausrüstung von Schiffen überhaupt mit Landungsplattformen für Flugzeuge zustande komme.

Anstelle des völligen Verbots der U-Boote schlug Madzudeira eine genaue Begrenzung für die Anwendung sämtlicher Kriegsschiffe vor. Endlich sprach er sich gegen Luftbombardements, Giftgase und gegen den Bakterienkrieg aus. Er schloss mit der wiederholten Betonung, dass das Werk der Rüstungsbegrenzung nicht isoliert verfolgt werden könne, sondern mit der allgemeinen Besserung der internationalen Beziehungen gleichen Schritt halten müsse. Diese habe darin zu bestehen, dass die nationalen und internationalen Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen auf das gewissenhafteste eingehalten werden müssten.

Der polnische Aussenminister Zaleski begrüßte den französischen Vorschlag, der den Völkerbund mit einer merklichen Exekutivgewalt ausstatte. Die Abrüstung hänge von der Sicherheit ab. Der Konventionssentwurf dürfe bezüglich der angenommenen Methoden nicht geändert, er könne dagegen in technischen Fragen ergänzt werden. Dazu gehöre die Aufnahme von Bestimmungen gegen versteckte Aufrüstung der militärischen Organisationen. Die budgetäre Begrenzung stelle die einzig wirksame Methode für die Abrüstung dar. Verstärkt werden müssten die Kriegsvorbeugungsmassnahmen und die moralische Abrüstung.

Die Vertrauenskrise, so fuhr Zaleski fort, sei eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise. Man dürfe die Agitation gewisser Elemente nicht stillschweigend hingehen lassen, die ihre egoistischen Ziele in der Verwirrung und Unordnung vollführen wollten. Wenn die Deutschen nicht dagegen auftreten würden, so drohe die Welle des Hasses und Misstrauens alles einzureissen, was mit soviel Mühe seit der Gründung des Völkerbundes errichtet worden sei. Für die politischen Lösungen, als Voraussetzung der Abrüstung, könne auch die regionale Form günstig sein.

SPD. Der Berliner Prozess gegen die Direktoren der Schultheiss-Patzenhofer A.G. wurde am Mittwoch hauptsächlich der Frage des Prospektes gewidmet.

Die Sachbearbeiter bei der Zulassungsstelle der Berliner Börse, Brachvogel und Dr. Fischer, die mit dem Zeugen Dr. Fitger von der Deutschen Bank, der den Prospekt bearbeitete, verhandelt hätten, machten recht bemerkenswerte Angaben. Sie haben Fitger gefragt, ob nicht Bürgschaften vorhanden wären, die im Prospekt erwähnt werden müssten. Fitger wurde von Schultheiss jedoch mitgeteilt, dass es sich um völlig gegenstandslose Bürgschaften handele, die keinen Eingang in den Prospekt zu finden brauchten. Fitger, der später vernommen wurde, bekundet, dass er von dem Angeklagten Generaldirektor Penzlin trotz Aufforderung keine Auskunft erhalten habe. Er habe Herrn Penzlin nach der Höhe der Beteiligungen und nach der Struktur der in Betracht kommenden Gesellschaften gefragt, die Antwort sei jedoch verweigert worden.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass sich die Beantwortung eines Fragebogens durch den Konzern um Monate verzögerte. Schliesslich fand eine Konferenz mit Katzenellenbogen statt, die zu einem positiven Ergebnis führte: die Frage nach den Beteiligungen der Ostwerke wurde endlich beantwortet. Fitger stellt fest, dass er immer wieder darauf aufmerksam gemacht habe, dass für die Richtigkeit des Prospektes allein der Konzern die Verantwortung trage. Die Bank habe lediglich die Aufgabe, das Material zusammenzustellen. Der Zeuge behauptet übrigens, dass ihm von der Nutria nicht das mindeste bekannt gewesen sei. Als der Verteidiger Professor Alsberg die Frage stellt, ob nicht jede gewünschte Auskunft gegeben worden sei, stellt der Zeuge fest, dass man ihm die Herausgabe des Revisionsberichtes unter der Begründung verweigert habe, dass es sich hier um eine interne Angelegenheit der Gesellschaft handele. Als zur Sprache kommt, dass der vorher zitierte Fragebogen der Deutschen Bank u.a. von dem Angeklagten Generaldirektor Penzlin unterzeichnet worden ist, will Penzlin sogleich die Verantwortung von sich abwälzen, indem er behauptet, dass er allein die von ihm persönlich abgezeichneten Antworten gegeben habe. Die Frage nach den Garantien und Bürgschaften habe er nicht beantwortet. Der Staatsanwalt

stellt daraufhin unter Bewegung im Saal fest, dass es doch sehr merkwürdig sei, dass die Generaldirektoren so häufig erklärten, den Inhalt markanter Schriftstücke, die sie unterschrieben haben, nicht in den Einzelheiten zu kennen. Der Zeuge Fitger meint, dass man in jedem Nachschlagewerk mehr über die Ostwerke habe ermitteln können, als in dem Fragebogen verzeichnet gewesen sei.

In der Nachmittagsverhandlung wurde das frühere Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Fehr, über die Aktiengeschäfte von Katzenellenbogen vernommen. Er glaubt nicht, dass Katzenellenbogen in bewusst schädigender Absicht gehandelt hat.

SPD. Paris, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Der "Intransigeant" veröffentlicht in seiner Mittwoch-Abendausgabe auf Grund amtlicher Berechnungen eine Aufstellung der von Deutschland bis zum 1. Juli 1931 geleisteten Reparationszahlungen.

Der "Intransigeant" schreibt: "Vom 1. Mai 1921 bis Ende 1922 sollte Deutschland nach dem Londoner Zahlungsplan 4 872 Millionen Mark zahlen. Es hat in Wirklichkeit nur 2 878 Millionen Mark gezahlt. Von Januar 1923 bis August 1923 während der Ruhrbesetzung, hat Deutschland in bar und in Sachlieferungen 894 Millionen Mark gezahlt. Vom 1. September 1924 bis 31. August 1929 (Dawes-Plan) haben sich die deutschen Zahlungen auf 7 970 Millionen Mark belaufen. In der Übergangsperiode vom Dawes-Plan zum Young-Plan, d. h. vom 1. September 1929 bis 17. Mai 1930 hat Deutschland nach den Angaben des Reparationsagenten 1 030 Millionen Mark abgeliefert. Vom 18. Mai 1930 bis 30. Juni 1931 hat schließlich die BIZ eine Summe von 2 120 Millionen Mark einkassiert. Die Gesamtzahlungen belaufen sich danach auf 22 300 Millionen Mark, während Deutschland behauptet 37,6 Milliarden Mark gezahlt zu haben. Der Anteil Frankreichs an dieser Summe hat nach den Aufstellungen der Reparationskommission, des Reparationsagenten und der BIZ 8 150 Millionen Mark betragen, d. h. knapp 50 Milliarden Francs, also nur die Hälfte dessen, was die Wiederaufbaukosten im zerstörten Gebiet gekostet haben. Von dieser Summe hat Frankreich 10 Milliarden Francs zur Schuldenzahlung an England und Amerika verwandt. Gemäss der Lansing-Note vom 15. November 1918, die nur die Ersetzung der am Privateigentum angerichteten Schäden verlangt, schuldet Deutschland also etwa noch 60 Milliarden Francs, abgesehen von den Summen, die Frankreich an England und Amerika zu zahlen hat. Wenn man die Wiederaufbaukosten nach dem Goldstand des Francs im Augenblick der Zahlung berechnet, kommt man zu einer Kapitalsumme von 175 Milliarden Francs und unter Einrechnung von Zinsen zu einem Gesamtbetrag von über 250 Milliarden Francs."

SPD. New York, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Der bekannte englische Schriftsteller Edgar Wallace, Verfasser zahlreicher Kriminalromane, ist am Mittwoch in Hollywood gestorben. Der Tod ist auf Lungenentzündung zurückzuführen.

SPD. Zwickau, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Polizeidirektion Zwickau teilt mit:

Der frühere Nationalsozialist Schäfer-Ilessen hatte in Werdau gesprochen und befand sich auf dem Wege nach seinem Hotel in Zwickau. Er ging etwa um 12 Uhr nachts in der Wilhelmstrasse in Zwickau über den Rathenau-Platz. Dort fiel plötzlich ein Schuss, der ihn am rechten Oberarm verletzte. Dr. Schäfer selbst kann nicht angeben, wer den Schuss abgegeben hat. Er hat auch niemand

in seiner Nähe gesehen. Als der Schuss fiel, fuhr ein Kraftwagen, der nicht erkannt worden ist, an ihm vorbei. Kurz darauf haben auch einige die Wilhelmstrasse nordwärts gehende junge Leute einen jungen Mann in blauem Anzug, ohne Kopfbedeckung die Wilhelmstrasse Richtung Hauptmarkt (das ist die entgegengesetzte Richtung) entlangrennen sehen. Es ist anzunehmen, dass er der Täter gewesen ist."

SPD. Darmstadt, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen hat Dr. Schäfer bereits mit Anschlägen auf sein Leben gerechnet. Das geht aus einem Brief hervor, den er am 8. Februar aus Zwickau an Bekannte in Darmstadt richtete. Es heisst darin:

"Der Hass gegen mich nimmt ganz üble Formen an. Hoffentlich muss meine Familie nicht schwer Not leiden, wenn mir eines Tages etwas zustösst. In Oelsnitz im Vogtland hatte man einen Angriff auf mich vor, den das Reichsbanner abwehrte, deshalb ist der Reichsbannerführer verhaftet worden."

SPD. Kiel, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Kieler Schöffengericht verurteilte den Kommunistenführer Rick aus Bordesholm zu 5 Monaten Gefängnis. Rick war in einen Arbeiter-Konsumverein eingebrochen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er gerade in den Konsumverein eingebrochen sei, antwortete Rick, es sei nicht seine Absicht gewesen, einen privaten Geschäftsmann zu schädigen.

SPD. Dresden, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Die vorjährige Hygiene-Ausstellung in Dresden hat mit einem Fehlbetrag von rund 890 000 Mark abgeschlossen. Seit 1921 wurden in Dresden 10 Ausstellungen veranstaltet, die zu einem Gesamtfehlbetrag von 2½ Millionen Mark führten. Die Ausstellungen werden jetzt liquidiert.

SPD. Madrid, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Dampfer "Buenos Aires", an dessen Bord sich 110 Kommunisten befinden, die seit den Unruhen in und bei Barcelona verhaftet worden waren, hat am Mittwoch früh um 4 Uhr unter Bewachung eines Zerstörers unerwartet Barcelona mit unbekanntem Ziel verlassen.

Der Finanzminister hat dem Parlament eine Gesetzesvorlage unterbreitet, die eine starke Besteuerung von Tabak, Benzin, Alkohol und Bier vorsieht.

SPD. Genf, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Der litauische Aussenminister hat den Generalsekretär des Völkerbundes am Mittwoch auf telegrafischem Wege wissen lassen, dass er zur Erörterung des Memel-Problems vor dem Völkerbundsrat erst am 23. Februar in Genf erscheinen könne.

Angesichts dieses Verschleppungsversuchs erhob Staatssekretär v. Bülow am Mittwoch bei dem Vorsitzenden des Völkerbundsrates unter Hinweis auf die gespannte Lage in Memel entschiedene Vorstellungen im Sinne der sofortigen Behandlung des Bruches der Memel-Konvention vor dem Völkerbundsrat. Der Ratsvorsitzende erklärte, dass alle Schritte unternommen würden, damit die Beratung noch in dieser Woche vor sich gehen kann.

SPD. London, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Oberhaus brachte Lord Snowden am Mittwoch die Argumente der mit der Zollpolitik der Regierung nicht einverstandenem Minister zum Ausdruck. Er verteidigte das neuartige staatsrechtliche Verfahren, das die Einheit des Kabinetts nicht mehr für nötig hält und trat für volle Redefreiheit aller Minister ein. Nur unter dieser Bedingung seien er und die liberalen Minister auf den Wunsch ihrer Kollegen im Kabinett geblieben. Ueber alle anderen Fragen, wie Indien, die Geldpolitik, das Reparationsproblem, sei sich die Regierung völlig einig.

SPD. Die Entscheidung darüber, ob Reichspräsident von Hindenburg die ihm angebotene Kandidatur für die bevorstehende Präsidentschaftswahl annehmen wird, steht unmittelbar bevor. Voraussichtlich wird sich am Donnerstag auch der Kyffhäuserbund für Hindenburg erklären. Hindenburg dürfte dann unter Berufung auf die Aktion des Sahn-Ausschusses und die Erklärung des Kyffhäuserbundes die ihm angebotene Kandidatur annehmen.

Der Stahlhelm hat sich bisher unter dem Druck von Hugenberg zu einer offiziellen Stellungnahme für Hindenburg noch nicht durchringen können. Sein Bundesvorstand ist an sich für Hindenburg. Wenn er sich dazu bis jetzt nicht offen bekannt hat, dann aus der Befürchtung heraus, dass Hugenberg ihm künftig keine finanzielle Beihilfe mehr leisten und die deutschnationalen Mitglieder des Stahlhelm zur Wahl gegen Hindenburg aufrufen wird. Hugenberg ist unter allen Umständen gegen Hindenburg, solange Brüning Reichskanzler ist. Sein Ziel, Brüning über das Reichspräsidentenpalais zu stürzen, dürfte er jedoch nicht erreichen. Er wird sich deshalb am 13. März entweder selbst wählen oder für Nazi-Frick stimmen. Aber was er schliesslich tun wird, soll er bis heute selbst nicht wissen.

SPD. London, 10. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Umgebung von Schanghai hat eine neue japanische Offensive begonnen durch die die Chinesen auf eine Entfernung von 20 Meilen von der Stadt vertrieben werden sollen. Die Chinesen leisten jedoch hartnäckigen Widerstand und haben neue Truppen und neue Flugzeuge zur Verstärkung erhalten. Sie wollen ihre Kräfte zwischen den Woosung-Forts und der Stadt konzentrieren, um die japanischen Streitkräfte zu spalten. Die internationale Siedlung befindet sich nach wie vor in grösster Gefahr. Englische Kriegsschiffe wurden von Malta nach Schanghai beordert.

SPD. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil im Helldorf-Prozess Revision beim Reichsgericht angemeldet.

SPD. Die Bundesleitung des "Stahlhelm" teilt mit, dass sie zur Frage der Hindenburg-Kandidatur entscheidende Beschlüsse noch nicht gefasst hat und sich zu derartigen Entschlüssen auch nicht durch Presse-Polemiken oder Zweckmeldungen drängen lasse.

Diese Verlautbarung offenbart die Verlegenheit, in der sich der "Stahlhelm" befindet, in ihrer ganzen Grösse. Er möchte sich gern für Hindenburg entscheiden, aber er darf noch nicht, weil Hugenberg zurzeit noch rasonniert, und er wird sich erst wieder offen zu Hindenburg bekennen, wenn ihm der "Kyffhäuser-Bund" vorangegangen ist.

Aus aller Welt

Skelett mit Reklamemarke....

Sizilianisches Sargmysterium. - Wo ist Herr Lamana mit seinen sieben Millionen

SPD. Rom, Mitte Februar (Eig. Bericht)

Der Held jener abenteuerlichen Affäre, die augenblicklich ganz Süditalien in Atem hält, ist der Steuereinnahmer Lamana aus Messina. Dieser Herr erfreute sich in der Stadt seines Wirkens grossen Ansehens, gehörte zu den sogenannten Honoratioren und sprach bei der Verwaltung der Stadt ein gewichtiges Wort mit. Dass Herr Lamana noch unverehelicht war, beflügelte viele Mütter Messinas mit grossen Hoffnungen, die Herr Lamana jedoch keineswegs erfüllte. Man kann indes begreifen, welche Ueberraschung es in Messina hervorrief, als plötzlich die Nachricht vom Tode des so angesehenen Steuereinnehmers bekannt wurde. Herr Lamana wurde mit grossem Pomp zu Grabe getragen. Man widmete dem Verstorbenen schmeichelhafte Nachrufe und bedauerte allgemein das vorzeitige Ableben des erst Vierzigjährigen.

Herrn Lamanas Angedenken geriet dann naturgemäss langsam in Vergessenheit bis jetzt vor kurzem ein sensationelles Ereignis den Namen des Steuereinnehmers von neuem ganz unerwartet in alle Munde brachte. Die Stelle im Finanzamt von Messina war inzwischen neu besetzt worden. Bei derartigen Anlässen ist es auch in Italien üblich, die Kasse einer kleinen Revision zu unterziehen. In diesem Falle ergab sich ein recht betrübliches Resultat. In der Kasse fehlten sieben Millionen Lire! Durch geschickte Fälschungen waren die Unterschlagungen in den Büchern verdeckt worden. Bedauerlich, dass es durch die Schrift des Herrn Lamana geschah. Er war also, das erkannte man jetzt, doch nicht ein Muster aller Tugenden, wie ihn sich jede Mutter zum Schwiegersohn wünscht, sondern ein Schurke gewesen.

Dem Staatsanwalt von Messina, der den Fall untersuchte, wurden recht interessante Mitteilungen überbracht. Verschiedene Zeugen fanden es auffällig, dass der Sarg des Herrn Lamana seinerzeit überraschend schnell und ohne die übliche Leichenbesichtigung durch Freunde und Verwandte geschlossen worden war. Auch die Bestattung war übereilt vorgenommen worden. Sonderbar mutete es ferner an, dass am gleichen Tag, an dem Herr Lamana sanft verschieden war, sich in seinem Hause noch ein zweiter Todesfall zugetragen hatte: der Portier war gestorben und heimlich bestattet worden.... Ein schlimmer Verdacht tauchte nun auf. Wenn Herr Lamana garnicht tot war? Wenn er etwa den Portier in seinem Sarg gelegt hatte, an ihm die gesetzliche Totenschau hatte vornehmen lassen und dann in aller Sicherheit mit seinen sieben unterschlagenen Millionen ins Ausland geflüchtet war? Die Geschichte erschien reichlich verwickelt und seltsam. Der Staatsanwalt war der gleichen Meinung und ordnete die Ausgrabung der beiden Särge an.

Damit stieg die Spannung der Bewohner von Messina auf den Höhepunkt. Doch die kühnsten Erwartungen sollten noch übertroffen werden. Der Sarg, in dem angeblich Herr Lamana bestattet worden war, barg tatsächlich eine Leiche. Aber wegen der bereits fortgeschrittenen Verwesung konnte man nicht mehr feststellen, ob es die des Steuereinnehmers oder die des Portiers war. Und der "Portiersarg" enthielt - - ein tadellos sauberes menschliches Skelett; von einer Verwesung war nicht die geringste Spur zu entdecken, obwohl seit der Beerdigung erst ein dreiviertel Jahr vergangen war. Noch sonderbarer aber erschien es, dass das Skelett auf dem Rückenwirbel - - eine Reklamemarke trug, aus der hervorging, dass es von einer Lehrmittelhandlung in Neapel gelie-

fert worden war.

Herr Lamana - schloss der Staatsanwalt - befindet sich demnach noch unter den Lebenden; ein Verfahren gegen ihn wurde eingeleitet. Wied der Steuer- einnehmer es fertig gebracht haben mag, seinen Tod zu simulieren, ist vor- läufig noch ein Rätsel. Wahrscheinlich geschah es so, dass er zunächst die Leiche des Portiers in sein Bett legte, dann den Leichenbeschauer rufen und den Tod feststellen liess. Darauf wanderte die Leiche zurück in die Portierwohnung wo ein anderer Leichenbeschauer den Tod des Portiers feststellte. Dann trat die Leiche des armen Portiers ihre dritte Reise in den Sarg des Herrn Lamana an während dieser in den Sarg des Portiers ein in Neapel gekauftes Skelett legte, dessen Bestattung in aller Stille stattfand. Dass Lamana Helfershelfer seiner Sargbetrügerei gehabt haben muss, ist ohne Zweifel. Nur hat man sie bis her noch nicht entdeckt. Aus allen Hauptstädten Europas aber laufen wider- sprechende Nachrichten in Messina ein. Man will Herrn Lamana in Paris gesehen haben. Man will ihn aber auch gleichzeitig in Brüssel und in London bemerkt haben... Ein tolles Durcheinander. Und Herr Lamana und seine sieben Millionen sind nirgends auf der Welt zu fassen.

+ + +
Neuer Bankiersprozess. Am Mittwoch begann vor dem Schöffengericht Ber- lin-Mitte ein auf mehrere Tage berechneter Prozess gegen die Gesellschafter des Berliner Bankhauses Max Marcus & Co. Der 60-jährige Bankier Max Marcus und der 40-jährige Bankier Berthold Schreiber sind des Konkursverbrechens und der Depotunterschlagung beschuldigt. Das Kapital des Bankhauses hatte nach der Goldbilanz vom 31. Dezember 1923 73 200 Mark betragen. Dieses Kapi- tal ging im Jahre 1924 verloren. Eine von Jahr zu Jahr sich steigernde Ueber- schuldung der Gesellschaft, die bis auf 784 5 0 Mark anwuchs, führte am 23. September 1931 zur Zahlungseinstellung. Nach der Anklageschrift hat die Ge- sellschaft seit 1924 ihren Betrieb nur dadurch fortführen können, dass sich ihre Leiter, die angeklagten Bankiers Marcus und Schreiber, durch die Lom- bardierung der ihnen anvertrauten Kundeneffekten Geld beschafften. Es sollen auf diese Weise 3 1/2 Millionen Mark veruntreut worden sein. Addiert man zu die- sem Betrag die Summe der unberechtigt hohen Privateinnahmen der Angeklagten, denen eine luxuriöse Lebensführung vorgeworfen wird, so ergibt sich eine Schuldenlast von etwa 4 Millionen Mark. Für die Kreditoren ist aus der Kon- kursmasse eine Quote von etwa 4 Prozent zu erwarten.

Bei seiner Vernehmung behauptet der Angeklagte Marcus, dass das umfang- reiche Effektendepot eines Kunden unter Vugrundlegung eines im Jahre 1926 ge- schlossenen Vertrages als Kommanditeinlage zu betrachten sei, über die der betreffende Kunde nicht hätte verfügen können. Der betreffende Kunde bestrei- tet jedoch die Rechtsmässigkeit dieses Standpunkts. Der angeklagte Bankier Schreiber will von Marcus über die schlechte Vermögenslage der Bank getäuscht worden sein und an die Existenz grosser Auslandsguthaben geglaubt haben.

+ + +
Radiumdiebstahl! bei einem nächtlichen schweren Einbruch in die Villa des Direktors einer Berliner Radiumvertriebsgesellschaft raubten die Diebe aus einem eingemauerten Wandtresor 26 Milligramm Radium. Die Diebe entkamen unerkant.

+ + +
Fischertod. An der Ostseeküste vor Kolberg kenterte am Mittwoch infol- ge hohen Wellenganges ein Ruderboot der Nester Fischerflotte. Drei Fischer ertranken.

+ + +
Brand im Ballsaal. Am Faschingsdienstag brach in einem der grössten Pra- ger Ballsäle während eines Maskenvergnügens ein Brand aus. Es entstand eine wilde Panik. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Das Balllokal wurde bis auf die Grundmauern eingeäschert.

Cranach-Fund! Ein bisher unbeachtetes Gemälde in der Kirche von Karlsruh bei Berlin wurde bei seiner fachmännischen Untersuchung durch Geheimrat Friedländer als ein meisterhaftes Werk des Malers Lukas Cranach d. Ae. erkannt. Das Gemälde, das eine Gethsemane-Szene darstellt, wird nach der erforderlichen Restaurierung am Fundort verbleiben.

Autofahrt ins Meer. In der Nähe von Cadiz (Südspanien) fuhr ein mit vier Personen besetztes geschlossenes Personenauto nachts gegen das Gelände der Meeresuferstrasse. Das Auto stürzte 20 Meter tief ins Meer. Drei Personen ertranken; einer der Insassen konnte gerettet werden.

Todesurteil gegen Arztgattin. Von einem Gericht im USA-Staat Arizona wurde die Arztgattin Ruth Judd zum Tode durch den Strang verurteilt. Ruth Judd hatte zwei Freundinnen ihres Mannes in dessen Klinik ermordet.

Pilotenstreik. 23 Piloten der mittelamerikanischen Century-Lines sind in Streik getreten, weil sie nicht mehr auf Grund eines festen Monatsgehaltes, sondern nach Flugstunden bezahlt werden sollten. Die Piloten erblickten in dieser Neuregelung eine starke Gehaltsherabsetzung. Verhandlungen, die sie eingeleitet hatten, waren gescheitert.

Schlägerei mit Todesausgang. Bei einer nächtlichen Schlägerei in Obereisenhausen (Hessen) wurde ein Arbeiter erstochen. Zwei Arbeiter erlitten schwer Verletzungen.

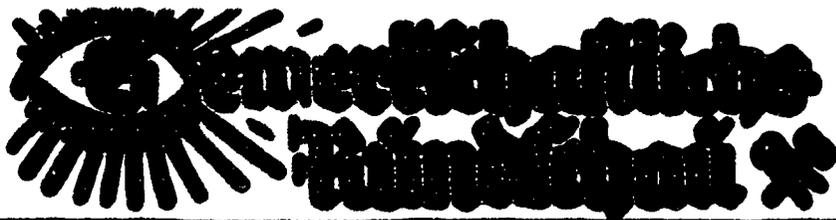
50 000 Mark Gewinn. In der preussisch-süddeutschen Staatslotterie wurden am Mittwoch auf das Los Nr. 373 179 50 000 Mark gezogen. Das Gewinnlos wird zu Achteln in Berlin und zu Vierteln in Ostpreussen gespielt.

Der Zigarettensäugling. In Bocholt (Westfalen) misstrauten mehrere Zollbeamte der Echtheit eines "Täuflings", den eine im schönsten Sonntagsstaat einherstolzierende Frau spazieren trug. Die Beamten untersuchten den "Täufling" und stellten fest, dass er in Wirklichkeit eine mit Zigarettenschachteln gefüllte Puppe war.

Photoapparate für Strassenwächter. Sämtliche Landstrassenwächter des USA-Staates Kansas wurden mit fotografischen Apparaten ausgerüstet. Die Beamten wurden beauftragt, sämtliche ihnen zu Gesicht kommende Unfälle im Bilde festzuhalten, da bei allen bisherigen Unfällen in Kansas der Staat wegen des angeblich durchweg schlechten Strassenzustandes von den Gerichten schadenersatzpflichtig gemacht worden war.

Allgemeine Autovernichtung. In einer Sitzung der französischen Automobilhandelskammer zu Périgeux wurde beschlossen, infolge des abnehmenden Bedarfs an neuen Kraftwagen mit der Zeit alle Wagen zu vernichten, die älter sind als zehn Jahre. Mit Hilfe eines Wagenvernichtungsfonds sollen allmählich alle alten Wagen aufgekauft und zerstört werden. Man hofft auf diese Weise jährlich 45 000 Kraftwagen aus dem Verkehr ziehen und dadurch mehr Raum für neue Wagen schaffen zu können.

Das kleinste Telefon. Das kleinste Telefon der Welt wurde kürzlich von dem Mailänder Elektrotechniker Luidi Spondini im Auftrage eines süditalienischen Grafen konstruiert. Der aus Gold und Platin gefertigte Apparat soll trotz seiner Winzigkeit die Hörmuschel passt in die innere Höhle des Ohres eine normale Lautstärke aufweisen.



Jugend ohne Beruf.

Um den bergmännischen Nachwuchs.

SPD. 40 000 Abiturienten suchen eine Lehr- und Arbeitsstelle. Zur Förderung ihrer Unterbringung hatte Ende Januar im Reichsinnenministerium eine Besprechung stattgefunden, zu der mit Ausnahme der Gewerkschaften alle interessierten Organisationen eingeladen waren. Das Resultat der Besprechung bestand in der Einsetzung eines Ausschusses. Dieser Ausschuss wendet sich jetzt an alle Verbände, die an der Besprechung teilgenommen haben, sowie an die Handelskammern mit der Bitte, die Prüfung der Einstellungsmöglichkeiten für Abiturienten sofort in Angriff zu nehmen. Das soll durch örtliche Ausschüsse geschehen unter Beteiligung der Handelskammern und Industrieverbände und wichtigsten Firmen des Ortes. Einzelne Firmen hätten sich schon bereit erklärt, über den sonst üblichen Bedarf hinaus Abiturienten als Lehrlinge einzustellen, doch sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass diese Lehrlinge mit einer Weiterbeschäftigung nach Beendigung der Lehrzeit kaum rechnen könnten.

Dass durch Mehreinstellungen - wenn auch über den sonst üblichen Bedarf hinaus - die Unterbringungsmöglichkeiten für die von der Volksschule kommenden Jugendlichen beeinträchtigt werden, liegt auf der Hand. Umso eigenartiger berührt es, dass das Reichsinnenministerium es nicht für nötig hielt, zur Klärung der Unterbringungsfrage auch die Gewerkschaften heranzuziehen.

Nirgendwo ist heute die Ausbildungsmöglichkeit so schwierig als im Bergbau. Wenn man in der Vorkriegszeit oder in den ersten Nachkriegsjahren den vor der Schulentlassung stehenden Sohn eines Bergmanns fragte, welchen Beruf er ergreifen möchte, dann lautet fast immer die Antwort: Ich gehe mit dem Vater zur Zeche. Die aus dieser Antwort klingende Gewissheit, dass er auf der Zeche auch wirklich Arbeit bekommen werde, war voll und ganz begründet. Nur selten trat das Gegenteil ein. Dass der Sohn des Bergmannes den Beruf des Vaters ergriff, war beinahe eine Selbstverständlichkeit. Heute sieht es ganz anders aus. Heute herrscht ein Ueberangebot. Nur einem kleinen, zum Teil bevorzugten Kreis ist es möglich, den Beruf des Vaters zu ergreifen. Der grössere Teil des bergmännischen Nachwuchses muss schon frühzeitig das Leid der Arbeitslosigkeit teilen, da auch in den anderen Berufen sich zurzeit nur selten eine Unterkunftsmöglichkeit bietet. Die riesenhafte Maschinisierung der Uebertagebetriebe hat dazu geführt, dass dort, wo man früher ein ganzes Heer von jugendlichen Arbeitern beschäftigte, heute alles mechanisch beschäftigt wird. Transportbänder und Transportketten, Kreiselwipper, Aufzüge usw. haben die jugendliche Arbeitskraft freigesetzt. Es ist kein Platz mehr für sie auf der "Hängebank" und in den anderen Uebertageanlagen. Die wenigen Handgriffe, die heute an so mancher Uebertage-Arbeitsstelle noch erforderlich sind, werden von den Erwachsenen nebenbei erledigt. Nur vereinzelt sieht man noch ein junges Gesicht.

Ende des Schuljahres 1922/23 betrug die Zahl der bergmännischen Berufsschüler im Ruhrgebiet 21 583, während das letzte Berichtsjahr nur noch mit 8 520 Berufsschülern abgeschlossen wurde. Das waren 3,2 % der Gesamtbelegschaften, während 1923 der prozentuale Anteil noch rund 5 % betrug. Schon jetzt ist der Anteil der älteren Jahrgänge bedeutend grösser als der der jungen. Bereits 1928 wurden in einer Auszählung der Belegschaft durch die Ruhrknappschaft fast viermal so viel Neunzehn- bis Zwanzigjährige festgestellt als Vier- bis Sechzehnjährige. Eine Untersuchung der heutigen Verhältnissen würde

prozentual ein ähnliches Bild ergeben.

Der bergmännischen Nachwuchsschulung muss für die Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden, denn nur in wenigen Berufen ist ein qualitativ hochwertiger Arbeiter so notwendig wie im Bergbau, weil er nur eine gewisse Garantie gegen Unfallgefahren darstellt.

SPD. Sind bessere Zeiten in Sicht? Man möchte es glauben, wenn man verschiedene Stimmen aus der Ziegelindustrie hört. Die Aussichten für dieses Frühjahr werden in der Fachpresse und in Mitteilungen aus einigen Teilen des Reiches als günstig bezeichnet. Die Bestände, so heisst es, hätten sich stark verringert und zahlreiche Ziegelwerke trügen sich mit dem Gedanken an eine baldige Neueröffnung ihrer Betriebe.

Schlecht passt zu diesem Optimismus die Tatsache, dass in der Ziegelindustrie neue Kündigungen der durch die Notverordnung festgesetzten Tarife angemeldet werden. Wenn günstige Aussichten für das Frühjahr bestehen, warum dann die Löhne noch mehr herunterdrücken? Die Ziegler tun gut, wenn sie rechtzeitig für die Kräftigung ihrer gewerkschaftlichen Organisation sorgen. Nur der Keramische Bund bietet ihnen einen gewissen Schutz davor, dass sie nicht bei Wiedereröffnung der Betriebe dem Unternehmer auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sind.

SPD. Die Zeche Karoline in Holzwickede, eine der drei grossen Zechen der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, die mit einem Kostenaufwand von 2½ Millionen Mark vor wenigen Jahren modernisiert wird, soll am 1. April stillgelegt werden. Zur Entlassung kommen 500 Bergarbeiter.

SPD. Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, findet am Freitag=Abend um 19,30 Uhr (bis 19.55 Uhr) ein Dreigespräch zwischen Berliner Warenhausangestellten statt, das über die Deutsche Welle (Königswusterhausen) gesendet wird. In diesem Gespräch können die Hörer einen Blick hinter die Kulissen eines modernen Warenhausbetriebes werfen. Das Verhältnis zwischen Verkäufer und Kunden, die Arbeitszeit, der Tarifvertrag, die soziale Lage der Warenhausangestellten und die Einwirkung der Rationalisierung auf den Warenhausbetrieb kommen dabei zur Sprache.

SPD. Die mitteldeutschen landwirtschaftlichen Arbeitgeber haben unter Führung der Vereinigung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände bei dem Reichskanzler und dem Reichsernährungsminister gegen die Lohnregelung in der mitteldeutschen Landwirtschaft schärfsten Protest erhoben. Der vor kurzem gefällte Schiedsspruch sieht vor, dass die Spitzenbarlöhne in allen Arbeitergruppen der mitteldeutschen Landwirtschaft, mit Ausnahme des Freistaates Sachsen, um 15 Prozent, jedoch nicht unter die am 10. Januar 1927 gültig gewesenen Lohnsätze, gesenkt werden. In den Fällen, wo entsprechend den Bestimmungen des verbindlichen Schiedsspruchs vom 12. März des vergangenen Jahres die Erntezulagen wegfallen, sowie im Freistaat Sachsen ermässigt sich die Senkung auf 10 Prozent. Zum grössten Leidwesen der Arbeitgeber hat der Schlichter entschieden, dass die Geschirrführerzulagen, soweit sie nicht auf Stundenlöhne abgestellt sind, nicht als kürzungsfähig gelten können. Die Art

beitgeber erklären, in ihrem Protest, dass der Schiedsspruch im Widerspruch stehe zur Notverordnung und deshalb als gesetzwidrig anzusehen sei. Er zwingt infolge der Notlage der Landwirtschaft zu starken Entlassungen von Arbeitskräften. Dem Reichsarbeitsminister wird in dem Protest das schärfste Misstrauen ausgesprochen.

Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes hat den Protest der Arbeitgeber mit einer an den Reichskanzler gerichteten Denkschrift beantwortet. Er betont darin, die mitteldeutsche Landarbeiterschaft sehe in dem Protest ein Kampfansage, die zu schärfsten Auseinandersetzungen in der mitteldeutschen Landwirtschaft führen müsse. Die Arbeiterschaft, die auch nicht auf dem Monde lebe, bestreite mit aller Entschiedenheit die Richtigkeit der Behauptung der Arbeitgeber, dass die bisher gezahlten Löhne nicht mehr aufzubringen seien und die Frühjahrsbestellung nicht mehr ausgeführt werden könne, weil unter dem Druck der Verhältnisse Arbeiterentlassungen vorgenommen werden müssten.

Der Jahreslohn des landwirtschaftlichen Spitzenarbeiters in Mitteldeutschland habe bis Ende vorigen Jahres zwischen 1150 und 1200 Mark gelegen. Diese Sätze habe der Arbeiter jedoch nur erreichen können bei voller tariflicher Arbeitszeit von durchschnittlich 2 800 bis 2 850 Arbeitsstunden im Jahre. Infolge der auch in der Landwirtschaft immer mehr um sich greifenden Rationalisierung sei das in vielen Fällen nicht mehr möglich. Im übrigen sei die Arbeitsleistung gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend gestiegen.

Man darf erwarten, dass bei der Prüfung des Protestes der Arbeitgeber auch die Stimme der Arbeiter berücksichtigt wird.

SPD. Im Rheinland beabsichtigen nach den Berichten einzelner Arbeiter unter verschiedene Zweige der Metall- und der Textilindustrie einzelne Teile ihrer Betriebe abzubauen und nach England zu verlegen. Besonders Halbfertigfabrikate sollen ins Ausland gehen, um dort fertiggestellt zu werden. Ähnliche Bestrebungen werden auch aus der Gummi-Industrie gemeldet, und die bekannte Kölnisch-Wasser Fabrik 4711 von Ferdinand Mühlentz hat bereits in einer Vorstadt Londons ein Fabrikwesen erworben, um einen Teil ihrer Produktion dort zu betreiben. Zur Einarbeitung in den Betrieb sind englische Arbeiterinnen zurzeit in der Kölner Fabrik beschäftigt.

SPD. Zu alt! Ein schreckliches Wort! Gilt es nur für Arbeiter und Angestellte? Wir lesen in einer Geschäftsnotiz der Silika- und Schamottefabriken Martin & Pagenstecher A.G. in Köln-Mühlheim u.a. folgenden Satz: "Wie uns die Verwaltung mitteilt, ist Dr. Martin, Vorsitzender des Vorstandes, wegen vorgeschrittenen Alters, aus dem Vorstand ausgeschieden. Um seine wertvolle Mitarbeit dem Unternehmen zu erhalten, ist in Aussicht genommen, ihn in dem nächsten H.V. in den Aufsichtsrat zu wählen." Anscheinend ist Herr Martin ein sehr alter Herr, wenn er wegen vorgerückten Alters aus dem Vorstand ausgeschieden. Für den Aufsichtsrat ist er jedoch, wie man sieht, noch nicht alt genug.

Wir haben gar nichts gegen Herrn Martin. Aber Tausende von älteren Arbeitern und Angestellten würden sich glücklich preisen, wenn die Wirtschaft auch auf ihre "wertvolle Mitarbeit" noch ein klein wenig Gewicht legen würde. Leben und leben lassen!

Wirtschaft Technik Handel

Kriegs- und Krisenkonjunktürchen.

Uniformbestellungen in Polen und Frankreich - Chinesische Seeräuber treiben die Versicherungsprämien in die Höhe - Die Aprilumzüge kurbeln die Tapetenindustrie an.

SPD. Der Krieg im Fernen Osten scheint hier und dort zu Sonderkonjunktüren zu führen. Das gilt nicht nur für die Geschütz- und Munitionsfabriken, die immer daran profitieren, wenn Völker ihre, an sich knapp gewordenen Vermögen in die Luft schiessen und ihrer Wirtschaft und ihrem Absatz die Konsumenten und Verbraucher totschiessen. Das scheint vor allem auch für die Uniformfabriken zu gelten. So spielen gegenwärtig Textilheereslieferungen nach China und Japan eine grosse Rolle. Nutzniesser ist u.a. die polnische Textilindustrie. So haben die Ereignisse im Fernen Osten eine unerwartete Belebung in der Lodzer Textilindustrie hervorgerufen. Die grossen Lagervorräte, die sich im Laufe der Krise aufgehäuft haben, werden zu recht respektablen Preisen aufgenommen und die polnischen Textilindustriellen rechnen weiter mit grossen Bestellungen für die chinesischen und japanischen Truppen. In einer der grössten Lodzer Textilfirmen, die in den letzten Monaten äusserst schlecht ging, arbeitet man jetzt 5 Tage in der Woche. Eine andere Firma ist sogar dazu übergegangen, an sämtlichen Wochentagen drei Schichten arbeiten zu lassen. Die Belebung beschränkt sich keineswegs auf das polnische Textilzentrum Lodz, sondern auch auf Textilfabriken im übrigen Polen erfahren die Gunst der Sonderkonjunktur. Weiter liegen Nachrichten dahin vor, dass auch französische Baumwollspinnereien von chinesischen und japanischen Heeresämtern ansehnliche Aufträge erhalten haben. Kein Geheimnis ist auch, dass die Versicherungsgesellschaften, die sich mit Warenlieferungen von und nach dem Fernen Osten befassen, gegenwärtig gute Geschäfte machen. Ein Zeichen dafür ist, dass sie die Versicherungsprämien in den letzten Tagen vervielfachen, in einzelnen Fällen sogar verzwanzigfachen konnten. Man verweist dabei auf die zunehmende Unsicherheit und auf das um sich greifende Seeräuberwesen. Man führt auch die Belebung auf den französisch-belgischen-luxemburgischen Eisenmärkten, wo man die Preise nach langer Zeit wieder erhöhte, z.T. auf die militärischen Ereignisse in China zurück. Andererseits haben die Aktien der Suezkanalgesellschaft angezogen, wahrscheinlich aus der Ueberlegung heraus, dass sich der Verkehr im Suezkanal, der ja die kürzeste Verbindung nach dem Fernen Osten darstellt, infolge der kriegerischen Verwicklungen erhöhen wird.

Die Sonderkonjunktur, die auf irgendein politisches oder wirtschaftspolitisches Ereignis zurückgeht, steht garnicht einzeln da. Im vorigen Jahre hat die Furcht um den Dollar z.B. die amerikanischen Weizenmärkte und damit die Weizenmärkte der ganzen Welt nicht unbeträchtlich belebt. Die Sparerpanik in Deutschland führte im Sommer und Herbst 1931 ebenfalls zu starken Käufen. Die Sparer glaubten ihr Geld in Waren besser angelegt und aufgehoben als bei den Banken und Sparkassen. Es kam zu dem Sturm auf die Möbelgeschäfte und mancher Möbeldändler ist dabei, was er wohl gerade in der Krise nicht erwartet hätte, von seinen alten Ladenhütern herunter gekommen. Profitiert haben an dieser Bewegung, besonders im Berliner Wirtschaftsgebiet, auch die Parzellenverkäufer. Parzellen, oft in ganz kleinem Umfang von 500 bis 600 Quadratmetern, wurden zu unerhört hohen Preisen - man hört von Preisen bis zu 10 Mark pro Quadratmeter an günstig gelegenen Stellen - losgeschlagen.

Dass mancher Sparer jetzt sieht, dass er sich dabei recht gründlich verhasst hat, ist eine andere Sache. Die Flucht in die Sachwerte hat auch das letzte Investurgeschäft befruchtet, wenn die Käufe auch nicht mehr so kopflos waren, wie zur Zeit der Bankenkrise im Sommer des verflorenen Jahres. Damit ist nicht die Sonderkonjunktur zu verwechseln, deren sich die Textilindustrie im Jahre 1931 erfreute. Der bessere Geschäftsgang in der Textilindustrie trat in aller Welt in Erscheinung und ist wohl sicherlich darauf zurückzuführen, dass die niedrigen Baumwoll- und Wollpreise den Verbrauch in stärkstem Masse anregten. Man nimmt an, dass die Textilindustrie jetzt wieder vor einer ähnlichen Sonderkonjunktur steht.

In diesem Zusammenhang muss eine Sonderkonjunktur in Deutschland erwähnt werden, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ausgelöst ist. Auf Grund dieser Notverordnung haben zahlreiche Familien, Folge der überhöhten Miete, ihre Wohnungen gekündigt. Am 1. April wird umgezogen und zwar in einem Umfange, wie wir das seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Das bedeutet einmal eine Konjunktur für das Transportgewerbe. Die Berliner Firmen können nicht genügend Wagen und Pferde stellen, um die Arbeit an einem Tag, dem 1. April, zu bewältigen. Der Berliner Polizeipräsident musste eingreifen und hat die Umzugstermine so geregelt, dass dafür mehrere Tage zur Verfügung stehen. Aber zu der Konjunktur im Transportgewerbe ist noch eine andere Konjunktur gekommen, nämlich die Belebung bei den Tapetenfabriken. Die Ammendorfer Papierfabrik A.-G. teilt mit, dass sich die Belebung auf dem Gebiete für Tapetenrohstoffe ganz stark ausprägt und "zwar durch die zahlreichen Umzüge zum 1. April in den Grosstädten, namentlich in Berlin, wo mit dem Wohnungswechsel Neutapezierungen verbunden sind." Die seit langen Jahren zum ersten Male wieder einsetzenden Umzüge liessen einen Mehrverbrauch von Tapeten erwarten, der sich unmittelbar in der Erzeugung bemerkbar machen muss, da infolge der stark wechselnden Muster der Tapeten und infolge der Kapitalknappheit der Händlerschaft grössere Lager in Tapeten nicht gehalten werden.

So hat auch die Notverordnung vom 8. Dezember immerhin etwa Gutes,

SPD. Durch eine einseitig, auf Hochhaltung der Futtermittelpreise gerichtete Agrarpolitik der Regierung hat sich die bäuerliche Veredelungswirtschaft ständig verschlechtert. Während die Lage der Erzeuger von Rindfleisch und Milchereiprodukten durch die billigere Oelkuchenfütterung und die Lage der Schafzucht durch die Verbilligung der Gersteneinfuhr etwas, wenn auch unzureichend erleichtert wird, tragen die Geflügelhalter die schwere Last der hohen Futtermittelgetreidepreise. Zwar wird für die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Geflügelhalter eines der wichtigsten Getreidefuttermittel für Hausvögel, der Mais, von der Maismonopolverwaltung zu einem ermässigten Preis abgegeben. Durch die Beschränkung der Maisverbilligung auf die Mitglieder der Eierverwertungsgenossenschaften wird aber nur einem Teil der Geflügelhalter geholfen. Die Beschränkung auf einen Teil der Eiererzeuger erfolgte deshalb, weil man die genossenschaftliche Eierverwertung fördern und gleichzeitig eine Qualitätsverbesserung der für den Markt gelieferten Eier erzielen wollte. Jeder Geflügelhalter soll durch die Preisdifferenz zwischen verbilligtem und gewöhnlichem Mais gezwungen werden, sich einer Verwertungsgenossenschaft anzuschliessen. Durch diese Begünstigung der Genossenschaften, für deren Mitglieder sich durch den verbilligten Maisbezug eine Kostensenkung von früher 2 und jetzt 1 Pfennig pro Ei ergibt, hat der genossenschaftliche Absatz einen starken Aufschwung erfahren. Im Jahre 1929 wurden von den Eierverwertungsgenossenschaften nur 80 Millionen Eier erfasst, im Jahre 1931 dagegen 550 Millionen Eier.

Die Förderung des genossenschaftlichen Verwertungsgedankens für landwirtschaftliche Erzeugnisse wird auch von uns durchaus gebilligt; wird jedoch durch

die Bevorzugung ein grosser Teil der nicht landwirtschaftlichen Geflügelhalter die sich keiner Eierverwertungsgenossenschaft anschliessen können, benachteiligt, so ist diese Regelung der verbilligten Maislieferung eine krasse Ungerechtigkeit. Auch kann die Förderung der Eierverwertungsgenossenschaften nur dann gebilligt werden, wenn die Geflügelhalter die Eier durch Ablieferung an die Genossenschaften mindestens zum gleichen Preise verwerten können wie durch freihändigen Verkauf. Nutzen dagegen die Genossenschaften ihre Vorzugsstellung dadurch aus, dass sie die Eier nur zu einem geringeren Preis abnehmen, was vielfach vorkommt, so wird durch die Maisverbilligungsaktion nur die genossenschaftliche Organisation subventioniert. Weil von den Genossenschaften selbst im vergangenen Jahre nur 12 Prozent der an den Markt gelangenden Inlandsproduktion erfasst worden sind, kommt nur ein sehr geringer Teil der deutschen Eierzeugung in den Genuss des verbilligten Mais. Nicht einmal alle landwirtschaftlichen Geflügelhalter werden durch die Verbilligungsaktion erfasst. 25 Prozent des deutschen Hühnerbestandes befinden sich aber nicht in landwirtschaftlichen Betrieben, sondern müssen Futtermittel kaufen. Für einen Teil der deutschen Eierproduktion kommt bei der jetzigen Regelung eine Verbilligung ihrer Produktionskosten durch Maisbezug zum ermässigten Preis überhaupt nicht in Frage. Diesen Hühnerhaltern geht es ganz besonders schlecht. Der Rückgang der Geflügelzucht um etwa 4,6 Prozent im letzten Jahre ist in der Hauptsache auf die Einschränkung des Hühnerbestandes in nichtlandwirtschaftlichen Haushalten zurückzuführen. Will man daher vermeiden, dass der Rückgang der Geflügelzucht fortschreitet, so muss unbedingt eine Senkung der Produktionskosten für diesen Teil der deutschen Eierzeugung möglich gemacht werden.

Deshalb ist es notwendig, dass die Verbilligung des Hühnermais ausgedehnt wird. Der einfachste Weg wäre, sämtlichen Hühnerhaltern verbilligten Mais zugänglich zu machen. Jeder Hühnerhalter erhält vom Gemeindevorstand eine Bestätigung, dass er so und so viele Hühner hat und auf Grund dieser Bescheinigung kann er Maisbezugsscheine verlangen, die zum Einkauf von verbilligten Mais berechtigen. Widerstände aus dem Genossenschaftslager dürfen der Erfüllung dieser Forderung nicht im Wege stehen.

Tausende von Existenzen, die sich erst vor wenigen Jahren eine Hühnerhaltung zugelegt haben, sind schon zusammengebrochen oder stehen dicht vor ihrem Ruin, wenn nicht sofortige Hilfe gebracht wird. Eine Zollerhöhung, wie sie der Reichsernährungsminister will, nützt ihnen nichts. Der Eierzoll ist gegenüber Italien und Südslawien gebunden und es wäre ein absoluter Unsinn, auf dem Verhandlungswege eine Aufhebung dieser Bindung zu erreichen, wenn damit eine Verschlechterung unserer handelspolitischen Beziehungen eintritt. Bei der geringen Kaufkraft der Verbraucherschaft nützt eine durch Zollerhöhung erzwungene Preissteigerung den deutschen Produzenten garnichts, weil der Konsument sofort auf jede Preissteigerung durch Einschränkung reagieren wird. Deshalb besteht die einzige Hilfe der deutschen Eierzeugung in einer Senkung ihrer Produktionskosten, d.h. in erster Linie in einer Senkung der Mais- und anderer Futtergetreidepreise.

SPD. Der Rohgewinn der New Yorker Bundesreservebank stellt sich für das Jahr 1930 auf 61,64 Millionen Dollar gegenüber 65,58 Millionen Dollar im Vorjahre. Das bedeutet ein Absinken des Reingewinns von 4,59 Millionen Dollar auf 1,53 Millionen Dollar. Da die Bank eine Dividende von 6 Prozent bezahlt, was einer Dividendensumme von fast 3,9 Millionen Dollar entspricht, müssen für die Dividendenzahlung Reservemittel herangezogen werden. Die Kursverluste an amerikanischen Staatspapieren werden mit 3,14 Millionen Dollar angegeben.

Fröst und Russenroggen.

(Berliner Getreidebörse vom 10. Februar)

SPD. Die Berliner Produktenbörse wurde am Mittwoch durch den herrschenden Frost beeinflusst. Man fürchtet, dass bei Anhalten der Kälte die auf Fahrt befindlichen Kähne einfrieren und infolgedessen Versorgungsschwierigkeiten entstehen können. Ferner war das Angebot an Brotgetreide ausserordentlich knapp. Weizen konnte im Promporthandel um 1 Mark im Preise anziehen. Die Roggennotiz für prompte Ware blieb unverändert. Inlandsroggen fehlte fast völlig; jedoch konnten die Berliner Mühlen ihren Bedarf an Russenware decken. Am Markt der Zeitgeschäfte waren die Weizenpreise um etwa $1\frac{1}{2}$ Mark fester, während beim Roggen sich nur geringfügige Veränderungen zeigten. Der Mehlmarkt blieb vollkommen leblos. Umsätze fanden fast nicht statt. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Für Hafer war die Stimmung ruhig. Die Forderungen der Landwirte waren zu hoch, als dass sie sich beim Konsum durchsetzen konnten.

	9. Febr.	10. Febr.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	241 - 243	242 - 244
Roggen	193 - 195	193 - 195
braunergerste	160 - 168	160 - 168
Wetter- und Industriergerste	153 - 157	153 - 157
Hafer	138 - 146	139 - 147
Weizenmehl	29,00 - 33,00	29,00 - 33,00
Roggenmehl	27,00 - 29,00	27,00 - 29,00
Weizenkleie	9,50 - 9,90	9,50 - 9,90
Roggenkleie	9,50 - 9,90	9,50 - 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $253\frac{1}{2}$ (Vortag $252\frac{1}{4}$), Mai $260\frac{1}{2}$ - $260\frac{1}{4}$ (259). Roggen März $202\frac{3}{4}$ (202), Mai - bis $209\frac{1}{4}$ ($209\frac{1}{2}$), Hafer März $153\frac{1}{2}$ ($152\frac{1}{2}$), Mai $158\frac{3}{4}$ -159 ($158\frac{3}{4}$).

SPD. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es kürzlich gelungen, eine Verbilligung von Brot, Kartoffeln, Frischfleisch und Kohle für Erwerbslose durchzuführen. Die Verbilligung von Frischfleisch geht in der Weise vor sich, dass das Reich wöchentlich 1,5 Millionen Mark zur Verfügung stellt. Diese Frischfleischverbilligung soll nach den Plänen der Reichsregierung in Zukunft wegfallen, mit der Begründung, dass die nötigen Mittel dazu fehlten. Angesichts der Tatsache, dass Hunderttausende und Millionen in Deutschland nun schon seit Jahren arbeitslos sind, kann man die geplante Massnahme der Regierung nur bedauern. Sie trägt dazu bei, die unzureichende Ernährung eines grossen Teiles der deutschen Bevölkerung zum Dauerzustand zu machen, was sich bald auf die Volksgesundheit fürchterlich auswirken muss.

Hinsichtlich der "fehlenden Mittel" verweisen wird darauf, dass die Regierung immer noch ganz erhebliche Summen dafür verwendet, die Preise auf den Rohmärkten zu stützen. Wie wäre es, wenn man diese Stützungsgelder dem Zweck führte, das Frischfleisch für Arbeitslose zu verbilligen? Die Reichsregierung möchte, wenn sie so verführt, für sich in Anspruch nehmen, dass sie eine recht wirksame Stützung durchführte; denn sie schafft so für die Landwirtschaft Abnehmer, die ohne Frischfleischverbilligung ausfallen.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 10. Februar 1932.

Kriegsfahrt im Unterseeboot.^x

SPD. Man schrieb den 5. August 1918. Unser U-Boot kreuzte an der virginischen Küste. Am Tage zuvor hatten wir 5 Schiffe versenkt, darunter das Feuerschiff von der Delaware-Bay.

Der Gegner war auf uns aufmerksam geworden. Wir mussten also mit Gegenmaßnahmen rechnen. An diesem Tage sichteten wir an Steuerbord voraus einen Dampfer. Durch einen Warnungsschuss suchten wir den Dampfer zum Stoppen zu bringen - er sollte unser nächstes Opfer werden. Es gehörte ja zum Wahnsinn des Krieges, dass solch ein schmucker Dampfer in Grund und Boden geschossen werden musste! Schade um den schönen Kasten!

Aber noch hatten wir uns verrechnet. Starkes Aufqualmen belehrte uns, dass der Dampfer zu entkommen versuchte. Wir steigerten unsere Fahrt auf äusserste Kraft und feuerten zugleich aus unserem vordern 15 Zentimeter-Geschütz.

Nach kurzer Zeit hörten wir funktelegraphische Hilferufe: "SOS! SOS! - Rettet unsre Seelen!" Weitere Hilferufe: "Werden beschossen und verfolgt! Hilfe! Höchste Eile!" Zugleich funkte der Dampfer auch seinen Namen - es war ein ehemaliges deutsches Schiff.

Wir schossen in kurzen Abständen weiter, ohne Erfolg. Die Entfernung wurde grösser. Es schien, als sollte uns der Dampfer entkommen. Plötzlich hören wir neue Funkzeichen. Ein amerikanisches Kriegsschiff ruft den Dampfer an: "Gebt Euren Namen an; wir sind in der Nähe und werden helfen."

Durch unsern Sender versuchen wir eine Verständigung unmöglich zu machen - vergebens! Nach kurzer Zeit taucht neben dem entschwundenen Dampfer eine neue Rauchwolke auf - diesmal gelb, also Oelfeuerung! Schon nach kurzer Zeit können wir 2 Masten und 4 Schornsteine ausmachen. Was nun! Sollen wir uns in einen Kampf einlassen? Ausgeschlossen! Wir würden bei der grossen Geschwindigkeit des Zerstörers unbedingt den kürzeren ziehen. Also nur eine Möglichkeit: tauchen!

In wenigen Minuten ist das Oberdeck aufgeräumt, sind die leeren Kartusche und Granatbehälter verstaut. Inzwischen ist der Zerstörer bis auf wenige Meilen herangekommen. Wir verschwinden langsam unter der Oberfläche. Erst 15 - dann 20 -- 25 -- 30 Meter zeigt das Tiefenmanometer, Wir sind das gewohnt. Dennoch vergehen bange Minuten.

Ein fernes Krachen ertönt - - die erste Wasserbombe. Wir gehen langsam tiefer: 45 Meter! Da - ein gewaltiges Krachen ganz in unsrer Nähe! Es wird brenzlich! Wir ändern ständig den Kurs unter Wasser. Dann naht das Verhängnis. Von zwei hintereinander geworfenen Bomben trifft ein Sprengstück unser Boot. Das elektrische Licht geht aus. Wir tappen aufgeregt im Dunkeln. Lieber Gott, was soll das werden?

Die Notbeleuchtung wird eingeschaltet. Da - eine Meldung: "Starker Wasser einbruch im Durchgang zum Maschinenraum!" Es rauscht furchtbar. An ein Abstoppen ist nicht zu denken. Die Lenzpumpe muss helfen! Sie versagt! Fiebernd vor Angst wird gearbeitet. Im Schein der Notbeleuchtung werfe ich einen Blick auf das Tiefenmanometer. Es zeigt 70 Meter! Der Wasserdruck wird stärker. Die Tiefenruder halten das Boot nicht mehr! Langsam, unheimlich langsam sinken wir tiefer - 75 - 80 - 85 Meter! Um Gottes willen! Geht es zu Ende? - - -

Die letzte Rettungsmöglichkeit wird in Anspruch genommen: Pressluft

auf sämtliche Tauchtanks! - - Es hilft! Unter dem gewaltigen Druck werden die Tanks etwas entleert. Das Boot steigt wieder auf 50 Meter.

Da krachen abermals ein paar Wasserbomben. Zum Glück etwas weiter von uns entfernt! Wir atmen auf. Das Licht brennt wieder. Nun arbeitet auch die Pumpe und schafft gewaltige Wassermengen heraus. Aber die Gefahr ist noch nicht vorüber. Immer noch hören wir die Schraubengeräusche des Zerstörers über uns. Wir haben keine Erklärung dafür, denn schon seit acht Uhr sind wir unter Wasser - und jetzt ist es 12 Uhr. Dass der Zerstörer unsere Spur noch nicht verloren hat!

Wieder kommen ein paar Wasserbomben. Wieder haben wir Glück. Vielleicht reichen die Bomben für die grossen Tiefen nicht aus, denn wir sind schon wieder auf 60 Meter abgesackt. Lange können wir es hier unten nicht mehr aushalten, denn bei dem ständigen Auf und Ab verbrauchen wir viel Pressluft.

Endlich - es ist bereits 4 Uhr - hören wir nichts mehr. Man hat uns offenbar aufgegeben. Durch die ständig aufsteigenden Luftblasen konnte für den Gegner ja auch nur der Eindruck erweckt werden, es sei vorbei mit uns. Wir tauchen auf. Nichts mehr zu sehen. Doch halt, was ist das? Soweit das Auge reicht - - eine einzige Oelspur! Jetzt hatten wir die Erklärung für den guten Richtungssinn des Zerstörers. Das Sprengstück hatte uns einen Brennstoffbehälter leer geschlagen, und das aufquellende Oel zeigte unerbittlich unsere Spur. 65 Tonnen Brennstoff hatten wir an diesem Tage verloren, und damit war weiteren Unternehmungen ein Ziel gesetzt.

Nach achtundzwanzigtägiger Fahrt erreichten wir glücklich wieder unsern Heimathafen, nachdem wir obendrein noch einem anderen U-Boot auf hoher See einige Tonnen Brennstoff abgegeben hatten. Ein Vierteljahr später brauchten wir nicht mehr hinaus, gab es keine Schiffe mehr zu versenken, gab es keine Todesfahrten mehr - - -

Friede war im Lande!

Gustav Jehli.

Hamburg im Nebel.^X

SPD. In diesen Wochen liegt die Handelsmetropole an der Elbe fast ständig in wallenden Nebelgebirgen. Nur London hat noch diesen gelben Dunst, der jeden Lichtschein schon auf zwanzig Schritt Entfernung verschluckt - und an so einem Nebeltage hatte denn auch eine junge Dame in einer Parkanlage ihre Begegnung mit einigen Gentleman-Räubern. Sie wollten ihr die Handtasche entreissen. Das Mädchel, beherzt, hielt die Tasche fest und liess sich auf Erörterungen ein. "Bitte," sagte sie: "ich habe ganze fünf Mark bei mir. Gestern war ich nämlich auf dem Arbeitsamt. Hier ist meine Stempelkarte!" - Da gaben die Herren Räuber ihr alles zurück, zogen den Hut und luden sie - zu einer Tasse Kaffee ein, um die Weltwirtschaftslage gemeinsam zu besprechen. Denn die Herren waren Kollegen: auch arbeitslos. Man hat von diesem Vorfall überall mit gleichem Gruseln wie mit lachendem Gesicht gesprochen. Mag ein Ueberfall, so oder so, keine schöne Tat sein, die kleine Geschichte zeigt uns doch, dass die Ritterlichkeit noch längst nicht ausgestorben ist. Wie nett müssten diese Herren erst sein, wenn es ihnen und uns wieder gut ginge!

Jeder, so scheint es, ignoriert auf seine Weise die Polizeivorschriften. Ueberfälle sind verboten und strafbar - wer gegen die Konzessionsgesetze bei Lichtspielvorführungen verstösst, kann ebenfalls in Strafe genommen werden. Professor Piccard, der Stratosphärenheld, ein Mensch von grossem Humor, hielt auch in Hamburg seine Vorträge, begleitet von Lichtbildvorführungen. Im grossen Mietsaal brannten neben der Leinwand zwei starkkerzige Glühbirnen weiter, als alles verdunkelt war. "Licht aus!" schrie Piccard, mit seinem langen Erklärungsstock fuchtelnd, denn es liess sich nicht leugnen, dass der Film

unter dem Zwielflicht litt. Aus dem Publikum rief einer zurück: "Notbeleuchtung - Polizeivorschrift!" - "So," sagte Piccard, "möchte die Polizei sehen, die mir ins Handwerk pfuscht," nahm den Stock und - klatsch, klirr - zerschlug die Glühlampen in Scherben. Dann konnte er seine Erklärungen ungestört zu Ende führen. Er sah wirklich die Polizei nicht. Sie mag klug genug gewesen sein, sich zu sagen, dass man bei einem einmaligen wissenschaftlichen Vortrage mit andern Masstäben messen muss als bei Unterhaltungsfilmern, die täglich zur Aufführung gelangen. Jedenfalls traf aber Piccard doch noch den Polizeileutnant wieder, der vor dem Vortrag die Sicherheitsbestimmungen in seinem Saale überprüft hatte. Der uniformierte Ordnungserhalter prüfte im "Alkazar" an der Reeperbahn die Sicherungsmethoden und wollte eben das Ballhaus verlassen, als Piccard eintrat. Höflich grüssend trat er zur Seite. "Ah, lieber Freund," lachte Piccard, "mir ist gerade der Unterschied zwischen uns beiden aufgefallen!" - "Nanu, Herr Professor?" - "Ich muss mich beruflich in dünne Luft begeben," schmunzelte Piccard, "Sie in das Gegenteil...." - Sie drückten sich die Hand und hatten sich verstanden. Piccard wollte natürlich nach einer Stunde schon schlafen gehen - da ihm jedoch andre Prominente vom "Alkazar" erzählt hatten, interessierte ihn natürlich der dort plakatierte "Weltrekord der Technik des Vergnügens". Auch er sah sich also das ganze Programm an und fand, wie er erklärte, die "heiterste Seite des Lebens" behaglicher als die Stratosphärenbombe in ihren besten Momenten - und nicht weniger überraschend. Die Rumbarevue soll ihn zu besonders intensiven Relativitätsbetrachtungen angeregt haben. Vielleicht will er seine nächste Reise einmal nach Cuba machen. Die Girls aus jener Gegend haben ihn auf den Gedanken gebracht, dass es ja noch manche ungeklärten Wunder auf der Erdoberfläche selbst gibt.

Doch nicht nur von ausserhalb kommen die Originale. Auch in Hamburg selbst wachsen welche. Man nennt sie "Klamüsterer", weil sie sich mancherlei zusammenspintisieren und daraus die Konsequenzen der Tat ziehen. Sie empörte es einen Herrn N.N., dass die Sparkasse ihm nur 5 % Zinsen zahlte, aber den Hypothekenschuldnern 8 % und eine Abschlussprovision abnahm. Er schrieb der Sparkasse einen Brief, dass er als Geldgeber - 500 Mark beträgt sein Guthaben - mit dieser Geschäftsführung nicht einverstanden sein könne und sofortige Abstellung verlange. Darauf wurde er eingeladen, zwecks erklärender Rücksprache einmal zur Sparkasse zu kommen. Man werde ihm gern alles auseinandersetzen. Herr N.N. jedoch schrieb zurück, er fordere hiermit einen der Direktoren auf, zu ihm zu kommen, und zwar Nachmittags zur Teestunde zwischen 17 und 18 Uhr, denn als Finanzier des Unternehmens könne er verlangen, dass man ihm in seiner Wohnung und zu einer von ihm bestimmten Zeit den verlangten Bericht erstatte, wie auch sich nach seinen Anweisungen richte! Nun hat die Sparkasse das abgelehnt, denn diese Forderung dürfte sich auf Grund der Satzungen, die ja jeder Sparer kennen muss, nicht rechtfertigen lassen, und hat ihm nahegelegt, sein Guthaben zurückzunehmen. Das passt Herrn N.N. auch nicht - er soll die Absicht haben, bis zur höchsten Instanz sein nach seiner Meinung bestehendes Recht zu verfechten. Netto Perspektiven: wir finanzieren die Strassenbahn, sind mit den Preisen und Fahrtzeiten nicht einverstanden: bitte, senden Sie uns Ihren Direktor zwecks Rücksprache! Die Elektrizitätspreise sind zu hoch, das Wasser schmeckt nicht - die Direktoren der Institute sollen freundlichst sofort jeden einzelnen Verbraucher aufsuchen, um seine Wünsche kennen zu lernen!

Weniger schön ist die neue Giftgasaffäre im Industrieviertel Rothenburgsort. Dort sind eine Anzahl Arbeiter in einer Werkstatt erkrankt, die einer Metallschmelze gegenüber liegt. Beim Metallschmelzen werden mancherlei Gase frei, die bisher immer gefahrlos entwichen sind. Jetzt, bei dem trandicken Nebel und eigenartigen Wind, müssen bisher unbekannte oder wenigstens nicht identifizierte Gase den Weg in die gegenüberliegende Werkstatt gefunden und die Arbeiter vergiftet haben. Sie liegen alle danieder, manche glücklicherweise nur leicht vergiftet, und inzwischen arbeitet man fieberhaft, um den Fall zu klären, was darum nicht leicht ist, weil das spezifische Gewicht der

Luft, der Nebel mit der relativen Feuchtigkeit und genau der gleiche Wind wieder wie am Unglückstage auftreten müsste, um wirklich zuverlässige Schlüsse zu ziehen.

Sensationen sucht man auch an der Elbe - sie sind nicht leicht zu finden, und darum ist ein Ballhaus auf die Idee gekommen, sich den Ozeanflieger Johannsen zu verpflichten, der nun jede Nacht, etwa zwei Stunden nach Mitternacht, im Tanzlokal Hauptheld einer Revue seiner Unglücksfahrt über den Ozean und seiner glücklichen Rettung ist. Diese neue Art von Variétélaufbahn scheint der Schlussstein im Ruhme mancher Tagesgrösse zu sein, denn wieviele, von denen ein paar Wochen lang überall gesprochen wurde, haben sie schon versucht - eigentlich immer mit einem schon nach wenigen Monaten sichtbaren Misserfolg. Es interessiert sich in dieser schnelllebigen Zeit niemand länger als 14 Tage für ein im Anfang, ach, so "weltbewegendes" Ereignis. Soll man darum trauern? In der Geschichte der "Freien und Hansestadt Hamburg" und gar in den grossen Folianten der Weltgeschichte werden die meist schon aus Abenteuerertum begonnenen Rekordversuche gewiss keinen breiten Raum einnehmen. Wir haben andre Sorgen - und es scheint auch, als suche das Publikum andre Arten von Unterhaltung. Die immer wieder versuchte Darstellung von Natur- oder Leidenschaftskatastrophen vermindert eher das gesuchte Vergnügen, als dass es die Laune erhöht. Und ein bisschen gute Laune hat ja jeder so nötig!

Walter Anatole Persich.

Schwarzweissrote Rubel.X

"Ein echter deutscher Mann mag keinen Franzen leiden,
Doch ihre Weine trinkt er gern."

Es geschieht Goethe ganz recht, dass sein Lebenswerk im Jahre seines 100. Todestages so gründlich ausgeschlachtet wird. Warum ist er auch ein so grosser Dichter gewesen? Dass aber sein oben zitierter Spruch aus dem "Faust" heute erneut eine so grosse Aktualität gewinnen würde, hat er sich vielleicht doch nicht träumen lassen. Man braucht nur an die Stelle des "Franzen" den "Bolschewiken" - jawohl, den +++Bolschewiken - zu setzen, und man hat den Wahlspruch des Herrn - Hugenberg, eben jenes Herrn Hugenberg, der selber gern Reichspräsident werden möchte, weil ihm Hindenburg nicht deutsch genug ist. Herr Hugenberg hat durch seine "Ufa" einen etwa 150 Meter langen Werbefilm für sowjetrussische Krimweine herstellen lassen und lässt ihn in den Kinos laufen. Wohlgemerkt: es handelt sich dabei nicht um ein paar mehr oder auch weniger neutrale "Wochenschau"-Aufnahmen, sondern um einen regelrechten Werbefilm. Da wird der gute alte Noah gezeigt, der eine Taube aus der Arche herausfliegen lässt. Anstatt eines Oelzweiges - des unmodernen Symbols eines verweichelnden Friedens - bringt die Taube eine Weintraube zurück. Nachdem die Sintflut sich verlaufen hat und die Arche auf dem Berge Ararat gelandet ist, unter dem das Gebiet der Krim sichtbar wird, ergibt sich Noah mit seiner Frau vergnügt dem Keltern und dem Genuss des Weins. Schliesslich werden Krimweinflaschen mit entsprechendem empfehlendem Hinweis gezeigt, und es wird ausdrücklich der Name der russischen Gesellschaft genannt, die die Krimweine nach Deutschland einführt.

Man mag über Alkoholgenuss und Abstinenzbewegung denken, wie man will. Man braucht auch nicht über den Geschmack des Herrn Hugenberg zu rechten, ausgerechnet in der gegenwärtigen Elendszeit durch den Film zum Weingenuss aufzufordern zu lassen. Aber man hat doch schon einmal die Schlagworte "Kauft deutsche Waren!", "Esst deutsche Früchte!", "Trinkt deutschen Wein!" gehört und gelesen, und man hat sich vielleicht sogar in Anbetracht der auch über die Reichsgrenzen hinaus geschätzten Qualität des deutschen Weins als nicht einmal ganz unberechtigt empfunden. Man entsinnt sich wohl auch, gerade aus den Krei-

sen um Hugenberg eine lärmende Propaganda für Wirtschafts-"Autarkie" vernommen zu haben. Und es dürfte eigentlich sogar dem Cheruskerfürsten Hugenberg nicht ganz unbekannt sein, dass es den deutschen Winzern heute verdammt dreckig geht, und dass sie eine Förderung ihrer Wirtschaft recht gut brauchen könnten. Aber - da liegt ja der Hase im Pfeffer. Wer selbst mit so grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, der kann natürlich nicht noch grosse Aufwendungen für Propaganda machen. Und das Geschäft geht noch immer bei allen nationalen Schreibern über den Patriotismus. Auch Herrn Hugenberg, der immer so wacker gegen den Bolschewismus schmälen kann, riecht man es ebenso wenig wie andern guten Deutschen an, wenn er sich seine industriellen Leistungen mit Sowjetrubeln bezahlen lässt.

Was der "Roten Fahne" und dem Münzenberg recht ist, das muss dem Hugenberg billig sein. Vielleicht haben die Sowjets die Rubel, mit denen sie die freundliche Werbung für ihre Krimweine bezahlt haben, in schwarzweissrotes Schokoladepapier eingewickelt.

Ein Königlicher Rollstuhl.^x

SPD. Mein Gemüt ist von Schauern der Ehrfurcht ergriffen, seitdem ich dies Aktenstück gesehen habe, das vom Rollstuhl des Königs Friedrich Wilhelm I. von Preussen handelt. Ich bin im tiefsten Herzen erschüttert, dass man in späteren Jahren, als der Königliche Herr bereits zu seinen himmlischen Heerschaaren versammelt war, diesen geheiligten Rollstuhl - - ausgerechnet einem kranken, alten Kammerdiener zur Benutzung hergeben konnte. Ja, lieber Zeitgenosse, solche Entheiligungen sind wirklich vorgekommen, und ein ganzes Aktenstück ist mit diesen Vorgängen gefüllt worden. Die Sache ging, immer nach diesem Aktenstück, so zu:

König Friedrich Wilhelm I., der dicke Soldatenkönig, den ihr heute noch im Potsdamer Lustgarten mit seinem Prügelkrückstock bewundern könnt, litt im Alter schwer an Gicht und liess sich im Rollstuhl umherfahren. Daran ist natürlich nichts weiter Erschütterndes. Aber dieser arme Rollstuhl... dem ging es schlecht, als er nach dem Tode seines Herrn nicht mehr benutzt werden konnte. Friedrich II. konnte doch darin nicht gut in den Krieg fahren, und sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II., der mit den vielen Liebsten, brauchte zu seinen Liebesfahrten ebenfalls keinen Rollstuhl. Der Rollstuhl also verschwand auf dem Boden des Potsdamer Stadtschlusses, anstatt dass man ihn unter Glas aufbewahrte und dem erstaunten Volke zur Bewunderung vorführte.

Nach langen Jahren aber wurde der Rollstuhl dann unter dem Staub des Bodens entdeckt, und weil gerade ein Kammerdiener so ein Rollwägelchen dringende brauchte, da er selbst nicht mehr gehen konnte und der frischen Luft sehr bedürftig war, so bekam er von irgendeinem diesen Rollstuhl zur Benutzung hergegeben. Der Unglückselige, der die Genehmigung zur Benutzung des sonst für andre gewöhnliche Sterbliche unbrauchbaren Stuhls erteilte, wusste offenbar nicht, dass es sich um eine ehemalige Königliche Sitz- und Fahrgelegenheit handelte. Und der Herr Kammerdiener kam sich richtig stolz vor, dass er da sitzen und es sich wohl sein lassen konnte, wo einst ein König das Gleiche getan hatte.

So vergeht der Ruhm der Welt: Was einst einem König diente, ist nun gerade gut genug für einen Kammerdiener.

Doch da hat der Teufel eines Tages sein Spiel und führt den Herrn Hofmarschall dem Rollstuhl fahrenden Herrn Kammerdiener in die Quere. Der Herr Hofmarschall des Königs Friedrich Wilhelm III. diesen Rollstuhl gewahr

werden und darauf los schiessen, war das Werk eines Augenblicks. Bald hatte er herausbekommen, woher dieser Rollstuhl rührte. Die Geschichte, will sagen, das genannte Aktenstück berichtet leider nicht, ob der Herr Hofmarschall ob der Entweihung des Königlichen Sitz- und Fahrgeräts durch den Königlichen Kammerdiener nicht einen Ohnmachtsanfall erlitten hat. Jedenfalls aber macht er diese Entheiligung sofort, wie man bürokratisch zu sagen pflegt, aktenkundig. Ein langer Bericht steht da. Und die untertänigste Frage, an den Herrn Landesvater, ob der Rollstuhl von Deren Hochseligen Herrn Ahnherr - denn Fürsten waren im Gegensatz zum gewöhnlichen Volke, das nur selig war, wenn es starb, "Hochselig", noch dazu gross geschrieben -, also der Herr Hofmarschall fragt untertänigst bei dem Herrn Landesvater an, ob es gestattet werden könne, dass der Rollstuhl des Königlichen Ahnherrn von einem Kammerdiener gebraucht werden dürfe. Er selber, der Herr Hofmarschall, halte das für eine Entweihung. Der Hohe Herr möge doch entscheiden, wie das Hofmarschallamt sich in dieser so sehr wichtigen Frage zu verhalten habe.

Friedrich Wilhelm III. war aber verständiger - wenigstens in diesem Falle - als der Trottel von Hofmarschall. Der Rollstuhl durfte von dem Kammerdiener bis zu dessen Tode benutzt werden. Und wo ist er dann geblieben? Auf dem Boden des Staatschlosses hat man ihn später wieder verstaut, nicht unter Glas und Rahmen, sondern eben im Staube. Dort haben ihn wohl die Motten gefressen.

S.Pötter.

Kometenjahr 1932.^x

SPD. Die Kometen gehören zweifellos wegen ihres absonderlichen Aussehens zu den interessantesten und merkwürdigsten Erscheinungen am Sternenhimmel. Es ist deshalb erklärlich, dass diese seltsamen Wandergesellen des Weltalls, die früher so unerwartet als rätselhafte Himmelswesen im gleichmässigen Gange der Gestirne auftauchten, von je her von abergläubischen Leuten als Vorboten und Ursachen der unglaublichsten Unglücksfälle angesehen wurden. Leider sind die grossen Kometen, die auch dem unbewaffneten Auge als eine schöne Himmelserscheinung sichtbar sind, wegen ihrer geringen Zahl nur sehr selten zu sehen. Zu den bekanntesten grossen Kometen gehört z.B. der Komet Halley, der zuletzt im Jahr 1910 sichtbar war und das nächste Mal erst wieder im Jahre 1986 auftauchen wird. Für den Astronomen sind aber auch die kleineren, teleskopischen Kometen von grossem Interesse, da die mit dem Fernrohr an diesen kosmischen Wandervögeln gemachten Beobachtungen dazu beitragen, Näheres über die Natur dieser in langgestreckten Bahnen um die Sonne wandernden Schweifsterne festzustellen.

Im vergangenen Jahre war die Ausbeute an Kometenbeobachtungen nur sehr gering. Es wurden zwei kleine neue Kometen entdeckt und zwei periodische Kometen wiedergefunden. Dagegen verspricht das Jahr 1932 auf diesem Gebiete ein Ereignis zu werden, müssen doch auf Grund sorgfältiger Vorausberechnungen allein neun periodische Kometen in die Nähe der Sonne kommen. Von diesen sind schon sechs bei ihrer letzten Sonnennähe beobachtet worden, sodass die Sicherheit ihrer Wiederkehr dadurch besonders gross ist. Es sind dies die Kometen Grigg-Skjellerup, Neujmin, Kopff, Borelly, Brooks und Faye, die, wie fast immer, die Namen ihrer Entdecker oder Berechner tragen. Die Wiederkehr der Kometen Schorr, Wolf II und Tempel 1866 I ist dagegen weniger bestimmt vorauszusagen. Gerade die Wiederauffindung des letzteren ist aber für die Wissenschaft von grösstem Interesse, da er sozusagen der Stammvater der November-Sternschnuppen ist, die durch ihn hervorgerufen werden. Ein Komet ist ja bekanntlich kein fester Körper wie die Erde, sondern eine grosse Wolke von Weltrümmern. Wenn nun ein Teil von einer solchen Weltrümmervolke mit einem Planeten, z.B.

mit der Erde, zusammentrifft, dann entsteht dadurch ein besonders schöner und auffälliger Sternschnuppenfall. Die Umlaufszeit dieses Kometen um die Sonne beträgt etwas mehr als 33 Jahre. Es ist möglich, dass seine diesjährige Wiederkehr ebenso wie in früheren Zeiten sich auch durch eine besonders grosse und starke Entfaltung des November-Sternschnuppenschwarms bemerkbar macht.

Spatzen.^x

SPD. Johann Meyer, in Firma Meyer Söhne, begegnete eines Winterstags in der Stadt zwei Spatzen. Herr Meyer war noch nie in seinem Leben Spatzen begegnet - ich meine: so, dass er sie recht betrachtet hätte, wie er Stahldraht, Kofferschlosser und andre Exportartikel betrachtete.

"Na - ihr..." sagte Herr Meyer, als er die Spatzen vor sich sah. "Na, ihr kleinen Vögel... Euch friert gewiss?"

"Nee, gar nicht!" riefen die Spatzen.

"Ja, ja, das glaube ich," sagte Herr Meyer. Er hatte die Spatzen nämlich falsch verstanden.

"Habt ihr auch immer tüchtig zu fressen, was?"

"Nee, gar nicht!" schrienen die Spatzen.

"Das ist die Hauptsache. Freut mich," sagte Herr Meyer. Er hatte die Spatzen nämlich wieder falsch verstanden. Englisch und Französisch - o ja, das konnte er gut verstehen, Russisch zur Not, aber die Spatzen verstand er nicht.

"Ihr sehr auch recht gesund und wohlgenährt aus," sagte er.

"Nee, gar nicht!"

"Appetit ist eine gute Sache," sagte Herr Meyer, zog sein Frühstücksbrot heraus und sah es traurig an. "Ich habe ihn leider nicht - keinen Appetit..." Er steckte das Frühstücksbrot wieder weg und wollte weitergehen.

Die Spatzen aber versperreten ihm den Weg, flogen immer vorauf und schrienen ganz fürchterlich. Das machte Herrn Meyer Spass. "Drollig..." sagte er.

"Drollig - so kleine Vögel... Was habt ihr denn? Freut euch des Lebens, was?"

"Nee, gar nicht!" schrienen die Spatzen und stiessen immer auf Herrn Meyers Tasche los, in der das Frühstück steckte.

"Was wollt ihr denn? was habt ihr denn, ihr kleinen Kröten?!"

"Hunger, Hunger!" schrienen da die Spatzen. "Hunger, Hunger!"

"Ach sooo!? - Hunger habt ihr? - Appetit? - - - Mögt ihr denn dies vielleicht?" Er holte sein Frühstück aus der Tasche.

"Her damit!" schrienen die Spatzen. "Her damit, du Schafskopf!"

Da warf Herr Meyer es ihnen hin.

Wilhelm Plog.

SPD. Ausbau des "Arbeiterfunk". Die Zeitschrift "Arbeiterfunk" des Arbeiter-Radio-Bundes wird vom 4. März 1932 ab in der "Vorwärts"-Buchdruckerei im Tiefdruck hergestellt werden. Das jeweils 48 Seiten starke, im grossen Format der illustrierten Zeitschriften reich bebildert, mit grosser Europa-Programmbeilage und Bastelmeister herausgegebene Heft wird dadurch auch äusserlich in die erste Reihe aller Funkzeitschriften aufrücken. Eine Preiserhöhung ist mit dieser erheblichen Erweiterung und Verbesserung der Zeitschrift nicht verbunden, damit das Blatt durch umso grössere Verbreitung auch im Rundfunk noch mehr als bisher die "Eiserne Front" gegen die Reaktion stärken kann. Zur Unterstützung der neuen grossen Werbeaktion stellt der Verlag das Heft 10 bei sofortiger Bestellung kostenlos zur Verfügung.
